

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 12

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 M., ohne Postfestschreiben. Nur Postbezugs. Bestellung bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin C. 2, Breitestr. 8/9 IV. Fernruf: Zentrum 272

Berlin, den 19. März 1922

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Spaltenzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Veramittlungsanzeigen usw. 1 Mark. * * Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten * *

38. Jahrgang

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. **Anträge zum Verbandstag.** Der Kostenersparnis halber haben wir die Anträge zum Verbandstag nicht in die „Buchbinder-Zeitung“ selbst einbezogen, sondern als besondere Beilage zur heutigen Nummer in verringerter Anzahl drucken lassen, und zwar so, daß sie später einem kurz gefaßten Protokoll über die Verhandlungen des Verbandstages, das in derselben Form erscheinen wird, vorgelegt werden können.

Die Anträge zum Verbandstag haben wir in angemessener Anzahl allen Gau- und Ortsverwaltungen zugefandt. Wir ersuchen alle Mitglieder, die sich für die Anträge interessieren, diese bei der zuständigen Gau- bzw. Ortsverwaltung zu entnehmen. Beschränkte Nachlieferung ist möglich.

2. **Berichtsarten zur Arbeitslosenstatistik** werden im Laufe der Woche an alle Verwaltungsstellen gefandt. Stichtag für die Arbeitslozenzählung ist der 25. März, für die Feststellung der Kurzarbeiter dagegen die Woche vom 19. bis 25. März.

Die Berichtsarten sollen, wie auch am Kopf derselben vermerkt ist, spätestens am 3. Tage des Monats abgesandt werden, so daß sie sich spätestens am 5. April in unseren Händen befinden. Wir bitten recht dringend, diesen Termin einzuhalten, da bei verspäteter Absendung Mahnung bzw. nachmalige Zusendung einer Berichtsart erfolgt, was des hohen Portos wegen vermieden werden muß.

Die Karten sind, wenn sie nicht einem Brief beigelegt werden, mit 1,25 M. zu frankieren.

3. Die **Kontakbeiträge** sind in folgenden Orten neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt. Sie betragen für die Folge wöchentlich in

	Beitragsklasse				
	1	2	3	4	5
	M.	M.	M.	M.	M.
Müchtersleben . . .	50	50	50	100	100
Essen	75	75	75	150	150
Freiburg i. B. . . .	70	70	70	100	100
Schmalcalden . . .	30	30	30	50	50

Der Verbandsvorstand.

Wann müssen Lohnerhöhungen in Kraft treten?

Die Frage des Inkrafttretens neuer Lohnzulagen wächst sich immer mehr zu einem Kardinalpunkt unserer Lohnverhandlungen aus. Neu ist die Frage selbst nicht. Bei allen Verhandlungen der letzten Monate war sie Gegenstand der lebhaftesten Auseinandersetzungen der Vertragsparteien, denn — wie wir in unserem Bericht über die letzten Verhandlungen sagten — mit allen Mitteln versuchten die Unternehmer, den Zeitpunkt des Inkrafttretens neuer Zulagen so weit als möglich hinauszuschieben, wobei der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer das treibende Element darstellt. Man lehnte es dort doch sogar zuerst ab, die neuen Zulagen an einem Tage in Wirksamkeit treten zu lassen, der vom Tage des Vertragsabschlusses noch um einige Tage getrennt war.

Mit der Abwehr der Unternehmerforderung, neue Zulagen erst nach einer gewissen Karenzzeit zu zahlen, ist die Frage nicht aus der Welt geschafft. Bei jeder neuen Lohnverhandlung taucht auch sie erneut auf und ihre Vertretung durch die Unternehmer nimmt an Schärfe zu. Welche Motive der Forderung unter-

legt werden, geht aus einer Abhandlung hervor, die in der jetzt erschienenen Nr. 5 der „Mitteilungen“ des Verbandes deutscher Buchbindereibesitzer enthalten ist. Wir geben diese Abhandlung, die „Die Karenzzeit“ betitelt ist, zunächst vollinhaltlich wieder:

„Die Forderung des VDB., daß zwischen dem Zeitpunkt der Bewilligung von Lohnerhöhungen und dem Zeitpunkt, zu welchem diese in Kraft treten, eine gewisse Karenzzeit liegen müsse, damit die laufenden Aufträge nicht in allzu starkem Maße von den Lohnerhöhungen berührt werden, ist leider in Weimar ungehört verhallt. Die Gewerkschaft verkennt anscheinend die Wichtigkeit, die diese Frage für das deutsche Buchbindereigewerbe hat. Es muß immer und immer wieder auf folgenden Umstand hingewiesen werden:

Das Buchbindereigewerbe ist im Gegensatz zu anderen auf die Produktion eingestellten Gewerben ein rein auf dem Wertvertrag beruhendes Gewerbe. Es führt lediglich laufende Aufträge aus, kann aber niemals, wie es andere Gewerbe tun, auf Lager produzieren. Auf diesen Unterschied zu anderen Verbänden ist in der weiter unten stehenden Eingabe an das Reichsarbeitsministerium noch einmal besonders eingegangen.

Diese Eigenart des Buchbindereigewerbes, das, wie erwähnt, nur von laufenden Aufträgen abhängig ist, bedingt eine besondere Struktur des Geschäftsbetriebes. Im Vordergrund von allem steht der Vertrag mit dem Verleger, und im Vordergrund jedes Vertrags steht bekanntlich die Vertragsstreu, die das wesentliche Moment bei jeder Vereinbarung ist.

Nun wird der Vertrag mit den Verlegern nicht losgelöst von sonstigen wirtschaftlichen Verhältnissen geschlossen, sondern die Verleger ihrerseits sind durch viele wirtschaftliche Momente, im besonderen durch Verträge mit den Sortimentern, durch Antikubungen von Büchern zu bestimmten Preisen in Katalogen, Anzeigen, Reklamezetteln usw. gezwungen, ganz besonders auf die Einhaltung der mit den Buchbindereien geschlossenen Wertverträge zu sehen. Wenn die Buchbinderei an den Verleger herantritt mit dem Ersuchen, auf einen laufenden Auftrag nachträglich Preiserehöhungen zu bewilligen, so sind es nicht ideale Momente, wie die der Vertragsstreu, die den Verleger bestimmen, dem Begehren des Buchbinders scharfen Widerstand entgegenzusetzen, sondern zum großen Teil auch handgreifliche materielle Beweggründe, die ihn zu seiner Haltung bestimmen, da er solche nachträglichen Preiserehöhungen selbst nur unter großen Schwierigkeiten einzuholen in der Lage ist.

Aber auf ein Moment muß noch ganz besonders aufmerksam gemacht werden. Die Gewerkschaft hat verschiedentlich unseren Mitgliedern bei den Tarifverhandlungen zugerufen, man soll den Auftraggebern gegenüber mehr Rückgrat zeigen, die Preise halten und sich nicht gegenseitig unterbieten, dann würde die Lage der Buchbindereien eine wirtschaftlich bedeutend bessere sein. Mit diesem Argument wurde von der Gewerkschaft im besonderen in den vergangenen Sommermonaten 1921 operiert, als der Geschäftsgang ein so überaus schlechter war.

Dadurch, daß die Buchbindereien nachträglich an die Verleger herantraten, mußten, auf die laufenden Aufträge Preiserehöhungen zu bewilligen, wird aber der Verleger geradezu angehalten, zu versuchen, sich vor materiellem Schaden zu bewahren und den Auftrag anderswo zu billigeren Preisen unterzubringen. Wenn wir die Unterbietungen, die das Gewerbe so schwer schädigen, unterbinden wollen, so müssen wir in allererster Linie die Quellen verstopfen, aus denen der Anreiz zu solchen Unterbietungen immer wieder fließt. Vor allem muß man darauf bedacht sein, die Verleger gewissermaßen nicht in Versuchung zu führen, eine Buchbinderei gegen die andere auszuspielen und die Aufträge bei den billigsten Firmen unterzubringen.

Wie wir oben dargelegt haben, ist aber eine Hauptquelle, aus welcher der Verleger den Anreiz hierzu erhält, das Moment der plötzlich eintretenden Lohnerhöhungen und des plötzlich eintretenden Ersuchens der Buchbindereien, auf laufende Aufträge Preiserehöhungen zu bewilligen.

Wir möchten also der Gewerkschaft eindringlich vor Augen halten, daß das Verlangen nach der Gewährung einer Karenzzeit ein berechtigtes Verlangen unserer Mitglieder darstellt, und zwar dahin, daß die Gewerkschaft auch einmal für die lebenswichtigen Interessen der Arbeitgeber Verständnis zeigt, besonders da die Interessen der Arbeitnehmer selbst unförsbar mit diesem Verlangen verknüpft sind; denn die plötzlich eintretenden Lohnerhöhungen bilden den Keim zu den nicht nur für unser Gewerbe, sondern auch für die mit diesem Gewerbe verbundenen Arbeitgeber und Arbeitnehmer so überaus schädlichen Unterbietungen.

Damit eine Karenzzeit wirksam sei, müßte sie zirka 4 bis 6 Wochen betragen. Wir sind uns klar, daß in der gegenwärtigen Zeit der sprunghaften Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse eine solche Spanne Zeit nicht zwischen die Lohnbewilligungen und zwischen deren Inkrafttreten gelegt werden kann.

Wir müssen aber unter allen Umständen daran festhalten, daß eine Karenzzeit von 14 Tagen bis 3 Wochen das mindeste dessen darstellt, was die Lage unseres Gewerbes, die Interessen unserer Betriebe und, wie ausgeführt, nicht zum wenigsten auch die Interessen unserer Arbeitnehmer dringend erforderlich machen.“

Schärf man aus dieser Abhandlung die Kernfragen heraus, dann findet man, daß der Verband Deutscher Buchbindereibesitzer seine Forderung auf Einhaltung einer Karenzzeit bei Durchführung neuer Teuerungszulagen darauf stützt, daß die laufenden Aufträge nicht in allzu starkem Maße von den Lohnerhöhungen berührt werden, da die Buchbinderei ein rein auf den Wertvertrag eingestelltes Gewerbe sei, bei dem der Vertrag mit dem Verleger eingehalten werden müsse. Die plötzlich eintretenden Lohnerhöhungen aber bildeten die Ursachen zu den so schädlichen Unterbietungen, da der Verleger durch diese geradezu angehalten werde, den „Auftrag anderswo zu billigeren Preisen unterzubringen“. Als Konsequenz dieser Anschauung wird eine Karenzzeit von vier bis sechs Wochen generell verlangt, doch soll in den heutigen Zeiten der sprunghaften Veränderungen der wirtschaftlichen Verhältnisse auch mit einer Karenzzeit von 14 Tagen bis 3 Wochen auszukommen versucht werden. Neu an diesen Argumenten ist nur das eine, daß durch plötzlich eintretende Lohnerhöhungen der Anreiz zu Preisunterbietungen gegeben sein soll. Alles andere haben wir schon seit Monaten von den Unternehmern bei unsern Lohnverhandlungen gehört.

Wir können nicht umhin, festzustellen, daß die ganze Beweisführung der Unternehmer auf überaus morschen Füßen steht. Zunächst und als Hauptfache ist festzustellen, daß heute nur der von plötzlich eintretenden Lohnerhöhungen überrascht sein kann, dessen Einstellung auf das Wirtschaftsleben absolut waffsfremd ist. Denn jeder Mensch weiß nachgerade, daß die Entwicklung der Dinge die Arbeiterschaft dazu zwingt, in den denkbar kürzesten Zwischenräumen Lohnzulagen zu fordern, und das solange, bis sein Verdienst einigermaßen den Bedürfnissen der Zeit angepaßt ist. Wenn z. B. heute Lohnzulagen vereinbart werden, dann weiß jeder, daß die Höhe derselben von den Preissteigerungen bereits wieder überholt und damit die Notwendigkeit gegeben ist, erneut Forderungen zu stellen. Die fast immer

Die restlose Beteiligung an den Betriebsratswahlen

muß bekunden, daß die Arbeiterschaft einig ist in dem Willen zur Umgestaltung der Gesellschaft! — Gegen die Profitwirtschaft — für die Bedarfswirtschaft!

ungenügenden Zugeständnisse der Unternehmer sind die Ursachen der kurzfristigen Lohnforderungen. Die zwischen den Lohnforderungen liegenden Perioden könnten verlängert werden, wenn unsere Unternehmer sich in ihren Zugeständnissen großzügiger zeigen würden, als das jetzt geschieht. An ihnen selbst liegt es, daß die Arbeiterschaft die von ihnen geforderte Karenzzeit ablehnen muß. Mögen die Unternehmer selbst erst einmal die Basis schaffen, daß über diese Frage ernstlich geredet werden kann. So wie die Dinge heute liegen, wo um jeden einzelnen Zehner zum Steinerweichen gekämpft werden muß, ist diese Grundlage nicht vorhanden. Ausreichende Zulagen helfen der Arbeiterschaft auch einmal über eine um 14 Tage verlängerte Laufzeit eines Lohnabkommens hinweg, nicht aber die Pfennigsucherei, die wir bei unseren Verhandlungen ständig erleben.

Darin stimmen wir dem Verband Deutscher Buchbindermeister zu, daß die Quellen verstopft werden müssen, aus denen der Anreiz zur Preisunterdrückung fließt, stellen aber dabei fest, daß der BDB eifrig bemüht ist, diese Quellen möglichst klar und rein fließen zu lassen. Rühmt er sich doch dessen, daß auf seine Anregung hin sich ein Teil unserer Tarifkontrahenten mit einer längeren Eingabe an das Reichsarbeitsministerium gewandt hat, um unseren Antrag auf Verbindlichkeitsklärung des „Apl“-Vertrages zu Fall zu bringen. Durch unseren Antrag soll erreicht werden, daß jeder Unternehmer dem Vertrag entsprechend handeln und die Entlohnung den tariflichen Bestimmungen gemäß vornehmen soll. Der BDB sucht das durch seine Eingabe zu verhindern. Daß er damit auch den Forderungen, die er an die Arbeiterschaft stellt, jeden Rechtsboden entzieht, scheint er gar nicht zu merken. Denn im Sinne seiner Eingabe liegt es, daß die Unternehmer, die einer der vertraglich liegenden Organisationen nicht angehören, bei der Entlohnung der Arbeitnehmer völlig freie Hand und damit die Möglichkeit der Preisunterdrückung haben sollen. Der Antrag auf Verbindlichkeitsklärung bezweckt das Gegenteil. Jeder Unternehmer soll den vertraglichen Bestimmungen unterworfen sein, und damit wird eine der Hauptquellen der Preisunterdrückungen verstopft. Dieser sehr notwendige Zwang führt das ganze Gewerbe zur inneren Gefährdung. Das mag von einem Berufsfremden nicht verstanden werden, der Sachmann wird es begreifen.

Nach wie vor halten wir auch daran fest, daß unsere Unternehmer ihren Auftraggebern mehr Rückgrat zeigen müssen. Die Lebensnotwendigkeiten des Gewerbes haben über den Profitinteressen der Verleger zu stehen, die es zudem noch immer verstanden haben, nicht zu kurz zu kommen und Preiserhöhungen selbst im tollsten Weihnachtsgeschäft durchzusetzen, wie der Anfang unseres Ueberblicks „Qualitätsarbeit“ in Nr. 11 zeigt. Fast einmütig berichten die Buchhändler im ganzen Reich, daß die wenige Tage vor dem Weihnachtsest von den Buchverlegern detrierten Preiserhöhungen ohne Murren vom laufenden Publikum getragen wurden, weil trotzdem noch das Buch als der billigste Geschenkartikel angesehen wird. Es ist für die Verleger also leichter, Preiserhöhungen durchzusetzen, als der BDB. anzunehmen scheint. Dabei kann jeder Bücherkäufer die Erfahrung machen, daß er oft das Vielfache des Preises zahlen muß, der als Verkaufspreis auf dem Buch aufgedruckt ist. Wägen also die Verleger jede Belästigung rückwärtslos auf den Verbraucher ab, dann ist nicht einzusehen, warum der Buchbinder nicht gleichfalls in der Lage sein soll, den Preis für seine Arbeit zu fordern, der notwendig ist. Auf Kosten der Entlohnung kann kein Preis niedrig gehalten werden, wenn nicht die Schöpfensfreude eines ganzen Gewerbes völlig zum Teufel gehen soll. Das werden auch unsere Unternehmer beherzigen müssen, wollen sie nicht eines Tages ein böses Erwachen

erleben. Und darum sagen wir, von einer Karenzzeit kann solange keine Rede sein, solange nicht die Zugeständnisse der Unternehmer sich in Bahnen bewegen, die eine Zufriedenheit bei der Arbeiterschaft auslösen, nachdem diese ihre Forderungen schon immer so stellt, daß sie nur den allernotwendigsten Bedürfnissen entsprechen.

Die Geschäftslage in der Papierverarbeitung im Februar

Ist nach den Angaben des Bundes Deutscher Vereine des Druckgewerbes, Verlags und der Papierverarbeitung nicht einheitlich gewesen. Ueber mangelhafte Papierversorgung wird in allen Zweigen lebhaft Klage geführt. Die starke Steigerung der Papierpreise und die Lohn erhöhungen haben auch Erhöhungen der Preise für Papierwaren zur Folge gehabt. Die Ausfuhr hat unter der ungenügenden Rohstoffbelieferung ebenfalls gelitten. Sehr ungünstig auf die Wirtschaftslage hat der Eisenbahnstreik eingewirkt, der geregelte Zufuhr von Rohlen und Rohstoffen und Abfuhr von Fertigwaren verhinderte.

In der Buntpapierindustrie ist der Beschäftigungsgrad gegen den Vormonat unverändert geblieben. Die erhöhten Rohstoffpreise hatten Preiserhöhung für Buntpapier um 10 Proz. zur Folge. Die Ausfuhr war nach dem europäischen Zustand sehr schwach, während sie sich nach Uebersee etwas gebessert hat.

Bei den Betrieben der Chromopapierindustrie liegen die Verhältnisse ähnlich. Die Ausfuhr war nicht bedeutend, da die deutsche Druckindustrie fast die gesamte Erzeugung aufnahm.

Der Verein Deutscher Gummiereien teilt mit, daß der Beschäftigungsgrad noch sehr stark ist. Die Verkaufspreise mußten um 15 Proz. erhöht werden. Die Ausfuhr hat merklich nachgelassen, was insbesondere auf die von einzelnen Ländern in Kraft gesetzten Schutzölle und Einfuhrerschwerungen zurückgeführt wird.

Der Verein für geklebten Photographiekarton meldet, daß an Ausfuhrsträgen Mangel herrsche.

In der Papierausstattungs-Industrie hat sich die Beschäftigung verschlechtert. Die Verkaufspreise für Papierausstattungen wurden um 25 Proz. erhöht.

Die Papiersack-Industrie klagt sehr über die schlechte Rohstoffversorgung, die sogar dazu geführt hat, daß eine Fabrik die Papiersackherstellung sechs Wochen lang einstellen mußte. Die Verkaufspreise mußten den Papierpreisen angepaßt werden. Ausfuhr kommt kaum in Frage, da wegen großen Mangels an Sackpapier nicht einmal die inländischen Abnehmer befriedigt werden konnten.

In den Betrieben des Verbandes Deutscher Fallischachtel-Fabrikanten hat sich der Beschäftigungsgrad erheblich gesteigert. Die Rohstoffversorgung war schleppe; die Verkaufspreise mußten um 25 Proz. erhöht werden. Die Ausfuhr ist zurückgegangen, da die Preise sich den Weltmarktpreisen fast genähert haben.

In der Geschäftsbücher-Industrie hat sich der Beschäftigungsgrad, soweit Aufertigungen für Lagerwaren in Frage kommen, gesteigert, da weitere Preiserhöhungen befürchtet werden. Im übrigen hat sich die Beschäftigung verschlechtert. Ueber die Rohstoffversorgung wird lebhaft geklagt; die Verkaufspreise mußten durch Verbandsbeschluß erhöht werden.

Für Schreibhefte ist eine Besserung im Auftragsbestande zu verzeichnen. Die Verkaufspreise mußten den steigenden Papierpreisen angepaßt werden. Für die Ausfuhr wurden neue Verkäufe infolge des Rohstoffmangels nicht getätigt. — Das gleiche gilt für die Zeichenlernmittel-Industrie.

In der Buchbinderei hat die Beschäftigung etwas nachgelassen; die Verkaufspreise mußten um 25 Proz. erhöht werden.

Der Verband Deutscher Westpappe-Fabriken meldet unterschiedlichen Beschäftigungsgrad bei ausreichender Rohstoffversorgung. Die Preise mußten entsprechend der Preissteigerung für Rohstoffe erhöht werden. Die Ausfuhr ist teilweise vollständig ins Stocken geraten.

Der Zentralverband Deutscher Kartonnagen-Fabrikanten teilt mit, daß gegenüber dem Vormonat weitere Verschlechterung im Beschäftigungsgrad eingetreten sei, die insbesondere auf mangelhafte Versorgung mit Rohstoffen und gesteigerte Preise zurückzuführen ist. Die Ausfuhr ist ebenfalls zurückgegangen, da es nicht mehr möglich ist, zu festen Preisen zu verkaufen.

In den Betrieben der Vereinigung der Fabrikanten pharmazeutischer Kartonnagen und Papierwaren haben sich wesentliche Veränderungen nicht vollzogen.

Bei den Spielkarten-Fabriken hat die gute Beschäftigung weiter angehalten. Die Verkaufspreise blieben für Februar unverändert. Die Nachfrage aus dem Ausland war besser als im Vormonat, jedoch zerstückelt sich manches Ausführgeschäft infolge der mangelhaften Papierablieferung.

Die Kalenderblock-Konvention meldet gute Beschäftigung. Die Verkaufspreise mußten erhöht werden.

Diesen Unternehmern berichten gegenüber besagen unsere Feststellungen zum

Arbeitsmarkt im Februar:

Der günstige Stand des Arbeitsmarktes hat auch im Monat Februar weiter angehalten. Die Zahl der männlichen Arbeitslosen war von 340 im Vormonat auf 243 gefallen, die der weiblichen von 752 auf 546, so daß im ganzen unter den 80 408 Mitgliedern der 197 berichtenden Zahlstellen nur 789 = 0,9 Proz. Arbeitslose gezählt wurden.

Nur die Zahl der Kurzarbeiter ist von 1108 auf 1301 gestiegen, und zwar wurden in 16 Orten und 28 Betrieben 159 männliche und 1142 weibliche Kurzarbeiter ermittelt. Von diesen arbeitete die Mehrzahl, nämlich 772, 25 Stunden und mehr verkürzt, während 223 17—24 Stunden, die restlichen 306 unter 16 Stunden verkürzt arbeiteten.

Arbeitslose und Kurzarbeiter waren demnach 402 = 1,6 Proz. der männlichen und 1688 = 2,6 Proz. der weiblichen Mitglieder.

Die günstige Lage des Arbeitsmarktes zeigt ihre Rückwirkung auch in dem Steigen der Mitgliederzahl, welche letztere seit Beginn des Jahres um 2463 auf 89 858 gestiegen ist.

Bei der Berichterstattung fehlten nur folgende 8 Zahlstellen mit 450 Mitgliedern: Ratibor, Köslin, Spremberg, Reusalz, Flensburg, Worms, Ruhla und Freiburg. Es sind zum Teil alte Restanten, deren Namen uns aus früheren Mahnungen bekannt sind, wie Köslin, Flensburg; zum Teil aber auch neue Zahlstellen, wie Ratibor und Worms, auf deren neue Zahlstellenarbeit diese Nachlässigkeit gerade kein günstiges Licht wirft. Hoffentlich genügt dieser Hinweis, um auch diese Zahlstellen an ihre Pflicht zu erinnern.

Grenzstreitigkeiten

In die unsere Mitglieder in vielen Orten durch wenig schöne Agitationsmethoden anderer Verbände verwickelt sind, werden uns sehr recht häufig gemeldet. Wir fordern unsere Mitglieder auf, jeden unberechtigten Agitationsversuch in Betrieben, für die unser Verband allein zuständig ist, mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen. Die von unseren Mitgliedern und Funktionären immer beobachtete strenge Sächlichkeit bei solchen Differenzen

Kolleginnen und Kollegen!

Nehmt Euch der Jugend an! .: Führt die Auslernenden der Organisation zu und die Schulentlassenen den gewerkschaftlichen Jugendabteilungen!

mit anderen Organisationen kann nur gebilligt werden. Mit um so größerem Recht aber ist überall darauf zu sehen, daß diese Sachlichkeit nicht dazu führt, unsere berechtigten Interessen zu verletzen. Der Zuständigkeitsbereich unseres Verbandes ist jedem unserer Funktionäre bekannt, und niemand darf daran rütteln lassen. Ebenso wie unsere tätigen Kollegen und Kolleginnen es verschmähen, Mitglieder aufzunehmen, die nicht zu uns gehören, ebensowenig dürfen unsere Arbeitskolleginnen und -kollegen in nichtzuständigen Organisationen aufgenommen werden, noch weniger dort verbleiben. Gegen alle Versuche, das dennoch zu tun, wehre man sich auf das entschiedenste.

Die Anträge zum Verbandstag

And der gemaltigen Kosten wegen nicht in so hoher Auflage gedruckt worden, daß jedem Mitglied ein Druckstück davon übergeben werden könnte. Wir ersuchen unsere Mitglieder in den einzelnen Werkstätten, zu mehreren zusammen ein Exemplar von ihrer Zahlstellenleitung zu verlangen. Die Zahlstellenleitungen werden gut tun, eine kleine Reserve zu behalten, damit sie an die Besucher der Versammlung noch Exemplare ausgeben können, die sich mit den Anträgen beschäftigen soll. Ein Teil solcher Druckstücke ist hier noch vorrätig, so daß bei Bedarf Nachlieferungen erfolgen können. Die zur Ausgabe gekommenen Exemplare sollten aufbewahrt werden, da der Bericht vom Verbandstag in gleicher Art publiziert wird. Damit ist die Möglichkeit gegeben, daß sich die Interessenten die Anträge und den Bericht zu einem Heft zusammengestellt, aufbewahren können.

Die Bilanz der Leipziger Messe.

Die alte Messstadt Leipzig hat noch nie ein so lebhaftes Treiben und derartige Milliardenumfänge wie auf der diesjährigen Frühjahrsmesse gesehen. Wenn es möglich gewesen wäre, der ungeheuren Nachfrage des In- und Auslandes nach Waren ein entsprechendes Angebot gegenüberzustellen, so hätte der Beschäftigungsgrad der deutschen Industrie mindestens auf ein Jahr, in manchen Branchen sogar auf mehrere Jahre, gesichert werden können. Die Marktlage war jedoch dem Zustandekommen langfristiger Abschlüsse sehr hinderlich. Die meisten Firmen haben sich damit begnügt, ihre Produktion für die nächsten sechs Monate zu verkaufen und darüber hinaus eine feste Bindung abzulehnen, das gilt besonders von der Maschinenindustrie, der elektrotechnischen Industrie und dem Textilgewerbe, d. h. von solchen Branchen, bei denen die Umsätze einen besonders hohen Wert repräsentieren und die Betriebe sich mit Rohmaterialien nur auf eine verhältnismäßig kurze Zeit eindecken können. Hier bestand die Gefahr, daß die in den nächsten Monaten sicher noch fortschreitende Teuerung alle Kalkulationen auf lange Sicht über den Haufen warf und unangenehme Differenzen zwischen Lieferanten und Käufern hervorrief. In einer etwas günstigeren Lage war das Kunstgewerbe, einschließlich der Porzellan- und keramischen Industrie, und die Spielzeugfabrikanten, d. h. diejenigen Branchen, die ihre Rohmaterialien im Inlande kaufen können, und bei denen nur die Löhne einen ungewissen Faktor darstellen. Die Industrie war auf fast allen Gebieten in der günstigsten Lage, schon die in den nächsten Monaten zu erwartenden Erhöhungen der Gesteinskosten in Rechnung stellen zu können. Es ist bezeichnend für die Stimmung bei den Messausstellern und den Einkäufern, daß die Ersteren bei Beginn der Messe kaum recht wagen, ihre Preise zu nennen, weil sie eine glatte Ablehnung fürchteten, und daß auf der anderen Seite die Käufer über die rapide Verteuerung gar nicht sehr erstaunt waren und selbst Phantasiepreise

glatt bewilligten. Es verdient besondere Erwähnung, daß die inländischen Einkäufer mindestens ebenso dringenden Bedarf zeigten wie die Ausländer.

Vor wenigen Tagen hat in der Generaerversammlung der Siemens- und Halske-A.-G. Dr. E. G. v. Siemens darauf hingewiesen, daß die deutsche Industrie bei gleichen Bedingungen, wie sie zwischen den Konkurrenzländern früher bestanden haben, heute am Weltmarkte nicht mehr konkurrenzfähig wäre. Die ungenügende Produktivität in unserer Wirtschaft werde augenblicklich nur verschleiert durch die Spannung zwischen der Kaufkraft der Mark am in- und ausländischen Markte. Hieran ist vielleicht soviel richtig, daß die deutsche Wirtschaft von Beginn des Krieges bis heute nicht in der Lage war, ihren Produktionsapparat in der Weise auszubauen und zu modernisieren, wie die ausländische Konkurrenz. Um so mehr mußten aber jedem objektiven Urteilenden Besucher der Leipziger Messe die ungeheuren Fortschritte auffallen, die sich in allen Branchen gegenüber dem Vorjahre zeigten. In verschiedenen Gewerben wird sehr hochwertige Qualitätsware hergestellt. Die ausländischen Messebesucher gaben ihrer Bewunderung für die großartigen Leistungen der deutschen Schaffenskraft immer wieder Ausdruck und versicherten sehr oft, daß selbst zu den höheren Preisen die deutsche Ware die Konkurrenz mit dem Auslande aufnehmen könne. Das gilt besonders dort, wo eine verfeinerte Technik und eine künstlerische Gestaltung ins Gewicht fallen.

Sinnfälliger der Abfahrmöglichkeiten hat also die Leipziger Messe gewisse Besorgnisse vorläufig zerstreut. Eine Gefahr droht augenblicklich der Hochkonjunktur von ganz anderer Seite. Die Industrie steht sich infolge der starken Schwankungen des Marktkurses und der entsprechenden Veränderung aller Gesteinskosten jeder Möglichkeit einer sicheren Kalkulation beraubt. Sie wird außerdem durch die allgemeine Erhöhung des Preisniveaus von Tag zu Tag immer unfreier in ihren Dispositionen, da der Wert ihrer mobilen Vektorkapitalien im Vergleich zum Umfange immer geringer wird. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß der Zwischenhandel bei den jetzigen hohen Preisen Gewinne einheimst, die in gar keinem Verhältnis zu seiner volkswirtschaftlichen Bedeutung stehen. Und gerade auf der diesjährigen Messe waren Laufende von Firmen vertreten, die erst in der Nachkriegszeit entstanden sind und deren ganze Tätigkeit darin besteht, daß sie sich zwischen Produzenten und Abnehmer drängen und auf diese Weise eine beträchtliche Verteuerung der Waren herbeiführen. Solange die Konjunktur und die Preise steigende Tendenz zeigen, werden sich diese überflüssigen Firmen wohl halten können. Ein oder zwei Krisenjahre dürften aber hier zweifellos kräftig aufräumen und den Umfang des Zwischenhandels sowie seine Gewinne auf ein volkswirtschaftlich gerechtfertigtes Maß zurückführen.

Im allgemeinen ist zur Wirtschaftslage zu sagen, daß der Rückschlag für den deutschen Arbeitsmarkt, den verschiedene Konjunkturpropheten schon für das erste Quartal 1922 in Aussicht gestellt hatten, bisher nicht eingetroffen ist. Aller Voraussicht nach werden wir vorläufig auch von einer Arbeitsmarktkrise verschont bleiben. Die meisten Industriezweige sind zurzeit mit einem Auftragsbestande versehen, der eine volle Beschäftigung für sechs bis neun Monate garantiert. Darüber hinaus kann natürlich bei den heutigen unsicheren Wirtschaftsverhältnissen kein Sterblicher disponieren oder die Konjunkturaussichten vorausbestimmen wollen. Die neuesten Berichte über die Lage des Arbeitsmarktes in den verschiedenen Teilen Deutschlands lauten verhältnismäßig günstig. Nach den Mitteilungen von 392 deutschen

Städten (über 10 000 Einwohner) betrug die Gesamtzahl der unterstützten Volkserwerbslosen am 25. Februar 136 693. Im Vergleich zur Vorwoche ist die Arbeitslosenziffer in diesen Städten etwa um 9000 Mann zurückgegangen. Es ist zu berücksichtigen, daß von den gesamten Erwerbslosen 52 801 auf Groß-Berlin entfallen. Hohe Ziffern weisen ferner auf Breslau mit 5493, Dresden mit 4683, Hamburg mit 9101, Kiel mit 3083 und Königsberg mit 4879. Auf 1000 Einwohner kamen in Groß-Berlin 13,9, in Breslau 10,4, in Dresden 8,8, in Hamburg 9,2, in Kiel 15,0 und in Königsberg 18,7 Erwerbslose. Sehr günstig ist die Lage der Arbeitsmarktes in den mittleren und Kleinstädten sowie auf dem platten Lande, besonders aber in West- und Südwestdeutschland. Mit Eintritt der mildernden Bitterung hat sich der Bedarf der Landwirtschaft an Arbeitskräften stark erhöht. Auch im Baugewerbe macht sich eine Belebung bemerkbar. Besonders rege scheint die Bautätigkeit in den Industriegebieten, auf dem Lande und in den Geschäftsvierteln der Großstädte zu werden. Im Wohnungsbau sieht es jedoch nach wie vor trübe aus. In eine besonders schlimme Lage sind durch die erneuten Erhöhungen der Baumaterialpreise die Siedlungsagenossenschaften geraten, von denen viele gerade jetzt bei Beginn der Bausaison den baufähigen Wohnungslosen mitteilen müssen, daß infolge der allgemeinen Steigerung der Baukosten an eine Inangriffnahme der Siedlungsbauten zu den vereinbarten Bedingungen bei weitem nicht zu denken ist. Das Jahr 1922 wird infolgedessen keine Erleichterung, sondern sogar noch eine Verschlechterung der Lage des Wohnungsmarktes bringen. Trotzdem besteht infolge der gesteigerten Bautätigkeit in der Industrie und der Landwirtschaft bereits überall wieder ein Mangel an Bauhandwerkern. Auch die Maschinen-, Metall- und elektrotechnische Industrie zeigt eine dringende Nachfrage nach gelernten Arbeitkräften, der nicht überall ein ausreichendes Angebot gegenübersteht. Günstig ist der Beschäftigungsgrad vor allem auch im Holzgewerbe. Das Textilgewerbe geht nach den Berichten aus der Märzwoche einer erneuten Konjunktursteigerung entgegen. Auch die chemische Industrie weist einen befriedigenden Geschäftsgang auf. Während so auf der einen Seite die Aussichten am deutschen Arbeitsmarkte keine ungünstigen sind, haben sich die Existenzbedingungen der Arbeiterbevölkerung in den letzten Wochen durch die sich überstürzende Teuerungswelle ganz wesentlich verschlechtert. Man kann deshalb der nächsten Zukunft nur mit größter Sorge entgegensehen. Sie birgt in sich die Gefahr erneuter schwerer sozialer Konflikte, die nur durch die nötige Bereitschaft zur Verständigung vermieden werden können.

Aus unserem Beruf.

Die Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Buchbinder

hatte im 4. Quartal 1921 eine Einnahme von 370 255,64 Mk. Davon wurden verbraucht für Versicherungsleistungen 166 085,43 Mk. = 44,9 Proz.; für Rücklagen zum Reservefonds 129 282,82 Mk. = 34,9 Proz.; für Rücklagen zum Generaerverammlungsfonds und Beschiedenes 21 508,55 Mk. = 5,8 Prozent, für persönliche Verwaltungskosten 44 587,32 Mk. = 12 Proz. und für sachliche Verwaltungskosten 8791,52 Mk. = 2,4 Proz.

Die Mitgliederzahl ist auf 11 300, das Barvermögen der Kasse, ausschließlich des Generaerverammlungsfonds, auf 954 360,41 Mk. gestiegen. Die Sterbekasse beschloß das 4. Quartal mit 5924 Mitgliedern. Die Einnahme betrug 15 238,50 Mk., die Ausgabe 2187,06 Mk., dem Reservefonds wurden 13 050,54 Mk. zugeführt, so daß am Schlusse des 4. Quartals ein Barvermögen von 75 318,26 Mk. vorhanden war.

Berichte.

Bielefeld. Am 5. März hielt unsere Bezirkszahlstelle ihre diesjährige Bezirkskonferenz ab. Vertreter waren Herford, Brake, Gütersloh, Brackweide, Bünde und Detmold. Auch unser Gauleiter Kollege Kornacker nahm teil. Kollege Rosß begrüßte die auswärtigen Kollegen, den Vertreter des Graphischen Kartells und den Kollegen Kornacker. Rosß gedachte dann der dreißigjährigen Mitgliedschaft des Kollegen Kornacker und dessen Tätigkeit als Gauleiter und überreichte ihm namens der Zahlstelle ein Geschenk. Kornacker dankte für die herzlichen Worte und für die Anerkennung, die ihm gezeigt wurde. Dann gab Herrg den Geschäfts- und Kassenbericht. Er streifte dabei die verschiedenen Orte des Bezirks und bezeichnete die allgemeine Geschäftslage in den einzelnen Orten als eine gute. Der Kassenbericht lag vervielfältigt vor. Kornacker sprach dann in ausführlicher und trefflicher Weise über die Reichstari- politisch und forderte zum Schluß auf, die ganze Kraft dafür einzusetzen, daß die heutige Reichstari- politisch weitergeführt und der Reichstari- politisch weiter ausgebaut würde. Von den Diszussionsrednern sprach keiner im Prinzip gegen den Reichstari-. Ueber den Verbandstag sprach Rosß. Er hegte den Wunsch, daß der Verbandstag mehr positive Arbeit leisten möge wie der letzte. Die Anträge zum Verbandstag sollten in einer Mitgliederversammlung beraten werden. Als Delegierte zum Verbandstag wurden Rosß und Herrg aufgestellt. Zum Schluß wurden noch mehrere Anträge der Ortsverwaltung angenommen.

Bodum. Unsere Mitgliederversammlung vom 4. März beschäftigte sich unter anderem auch mit der Lohnfrage. Alle Kollegen brachten zum Ausdruck, daß die jetzigen Löhne nicht im entferntesten an die Preise für die notwendigsten Lebensmittel herankommen. Kollege Behl führte aus, daß es ein reiner Hoch für die Arbeiterschaft ist, wenn Arbeitgebervertreter bei den letzten Lohnverhandlungen erklärten, daß durch die letzte Teuerungszulage die „kommende“ Broterleichterung abgegolten sein sollte. Sämtliche Teuerungszulagen sind stets weit hinter den Forderungen unserer Vertreter zurückgeblieben. Anscheinend haben die Arbeitgeber keine Ahnung, was es heißt, mit den heutigen Löhnen eine Familie zu erhalten. Für uns Arbeiter sollte das Verhalten der Arbeitgeber eine Mahnung sein, daß endlich erkannt wird, wie diesem Uebel abzuhelfen ist. Der unsinnige parteipolitische Richtungsstreit innerhalb der Arbeiterreihen lähmt jede Einheitsfront. Das haben die Arbeitgeber längst erkannt und richten ihr Verhalten danach ein. An der Einigkeit der Unternehmer sollten wir uns ein Beispiel nehmen. Die Versammlung brachte einstimmig zum Ausdruck, daß bei den heutigen Löhnen eine große Verelendung der Arbeitnehmer um sich greift. Die Teuerung hat namentlich im Industriegebiet eine Höhe erreicht, die uns zu der Notwendigkeit zwingt, unsere Löhne den anderen Arbeitergruppen wie Bergarbeiter, Metallarbeiter usw. anzupassen, da nach der Entlohnung dieser Arbeitergruppen die Preise für den Lebensunterhalt festgesetzt werden. Sie erwarten, daß bei den kommenden Lohnverhandlungen von unseren Vertretern an den Industriezulagen unter allen Umständen festgehalten wird. Als Delegierter zum Verbandstag wurde dann Kollege Behl einstimmig vorgeschlagen.

Dortmund. Was Geschlossenheit und Einigkeit der Arbeiterschaft vermag, zeigte die Lohnbewegung der in einer hiesigen Kartonnagenfabrik beschäftigten Kolleginnen. Der Hauptbetrieb dieser Firma befindet sich in Verlohn. Trotzdem nun in diesem Betriebe etwa 150 Arbeiterinnen beschäftigt sind, bestand in demselben weder eine geschlechtliche Vertretung der Arbeiterschaft, noch reichten die Löhne nur annähernd an die tariflichen heran. Um nun überhaupt einmal in diesem Betriebe festen Fuß zu fassen, beriefen wir im Oktober vorigen Jahres eine Versammlung aller in der Kartonnagenbranche beschäftigten Kolleginnen ein, in welcher Kollege Sperling auf die Notwendigkeit unserer Organisation hinwies, den Anwendenden die Tariffrage vor Augen führte und Bezug nahm auf das Betriebsratsgesetz. Schon diese erste Versammlung brachte unserer Zahlstelle den gewünschten Erfolg. In mehreren Werkstättensammlungen wies dann Kollege Stempel auf die Unhaltbarkeit der jetzigen Zustände hin, leitete die Wahl eines Betriebsrates ein und erinnerte die Kolleginnen an ihre heiligste Pflicht, in jeder Lage treu und fest hinter ihrer Organisation zu stehen, damit auch sie nun endlich in den Genuss der im Tarif festgelegten Rechte kämen. Wir forderten Zahlung der tariflichen Löhne, Anerkennung unserer Organisation und Befestigung des Ueberstundenunwelsens. Die Antwort lautete in dem Sinne, daß die „Trägheit der Kolleginnen selbst schuld an ihrem niedrigen Verdienst sei!“. Die Kolleginnen gaben zu dieser Antwort in einer kräftig gefaßten Resolution ihrer Entrüstung Ausdruck und

beauftragten unsern Vorstand, nunmehr Schritte zu unternehmen, die zur restlosen Anerkennung unserer Forderungen führen sollten. Nach Rücksprache mit den Firmeneinhabern kam es am 24. Februar zu Verhandlungen in Verlohn. Auf Grund unseres sorgfältig gesammelten Materials mußten die Inhaber zugestehen, daß die bisher gezahlten Löhne zu niedrig seien. Die Akkordlöhne wurden ganz wesentlich erhöht und erklärten sich die Herren bereit, die erhöhten Sätze von der ersten vollen Lohnwoche im Februar nachzuzahlen. Auch die im Tarif vorgesehenen Ferien, die bis dato noch nicht gewährt wurden, wurden den Kolleginnen unter Fortzahlung des tariflichen Lohnes bewilligt und versprochen, das Ueberstundenunwesen zu beseitigen. Am 26. Februar fand eine Betriebsversammlung dieser Firma statt, welche sich eines außerordentlich guten Besuches erfreute. Stempel gab einen ausführlichen Bericht über die gepflogenen Verhandlungen. Er wies auf die Schwierigkeiten hin, die zu überwinden waren und betonte, daß wir das Bewilligte nur durch die Geschlossenheit der Kolleginnen erreicht hätten. Der Bericht fand den Beifall der Versammlung. Dann hielt Sperling einen längeren Vortrag über die Rechte und Aufgaben des Betriebsrates und hob hervor, daß es nun Pflicht der Kolleginnen sei, das Erreichte festzuhalten und dafür zu sorgen, daß das so mühselig Aufgebaute nicht wieder in sich zusammensinken wird. Die Kolleginnen gaben ihre Zustimmung zu dem Erreichten. Inzwischen haben sich auch die Kolleginnen der Lüten- und Beutefabrik unserer Organisation angeschlossen und sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Wir hoffen, daß auch diese recht bald zu ihren tariflichen Rechten kommen!

Münche. Am 15. Februar und 2. März hielt die hiesige Zahlstelle ihre diesjährige Generalversammlung ab. Vor Beginn derselben wurde der Toten des Jahres gedacht. Nach dem Kassenbericht des Kollegen Müller erstattete Kollege Faust seinen Tätigkeitsbericht und Bericht von den verschiedenen Verhandlungen. In der überaus regen, aber streng sachlichen Diskussion übten die Redner scharfe Kritik an der Tätigkeit des Tarifausschusses. Die maßgebenden Teile des Tarifausschusses müssen in Arbeit stehenden Mitgliedern befestigt werden und unter enger Zusammenarbeit mit den anderen graphischen Verbänden sowie der übrigen Arbeiterschaft eine Regelung der Lohnverhältnisse anstreben, die gleitend jeder Steigerung der Lebenshaltung angepaßt ist. Abschüsse mit festen Terminen haben nur dann einen Sinn, wenn sie sich über das ganze Wirtschaftsleben erstrecken und weitere Preissteigerungen an dieselben Termine gebunden sind. Die kommenden Verbandstage der graphischen Verbände haben hier grundlegende Arbeit zu verrichten.

Zur Abwicklung der Wahlarbeit wurde eine Wahlkommission von 7 Kollegen bestimmt. Bei der nun folgenden Wahl lehnen fast alle bisherigen Mitglieder der Ortsverwaltung eine Wiederwahl ab. Erst nach langem Zureden und Sträuben erklärten sich folgende Kollegen bereit: Baer, Vorsitzender neben Faust, Kassierer Müller, Kösel, 1. Schriftführer, Eisenhut, Binner, Lehnmüller, Maier und Kollegin Hübler als Beisitzer. Revisoren: Mandlinger, Korb, Bruggler. Der Vertreter der Steindruckbranche wird in einer demnächst stattfindenden Versammlung der Branche bestimmt. Jugendleiter wurde Thiele. Die Gewerkschaftsdelegierten werden erst vor der Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins neu gewählt.

Bei der Fortsetzung der Generalversammlung am 2. März wurde zunächst der offengebliebene 2. Schriftführerposten mit Kollegen Eichhorn besetzt. Die Wahl der Delegierten zum Gautag ergab folgende: Eichhorn, Lehnmüller, Brandhuber, Baer, Müller und Knödmayer. Anträge zum Verbandstag waren 15 eingelaufen, die Mehrzahl derselben wird nach kurzer Begründung angenommen. Ein Antrag Lehnmüller, nach welchem die Gehälter der Angestellten des Verbandes 50 Proz. mehr als der Spitzenstundenlohn der jeweiligen Ortsklasse des Wohnortes der Beamten betragen sollen, wird nach langer Debatte mit geringer Stimmenmehrheit abgelehnt. Nach einem Appell des neuen Vorsitzenden Baer an die Versammelten, angefaßt der immer enger werdenden Zeiten sich immer fester um die Organisation zu scharen, unverdrossen und kollegial an der Erreichung der gewerkschaftlichen Ziele mitzuarbeiten, erfolgt Schluß der diesjährigen Generalversammlung.

Gau Nordbayern.

Der auf Sonntag, den 19. März, festgesetzte Gautag muß infolge der zentralen Tarifverhandlungen auf Sonntag, den 2. April, verschoben werden. Der Gauvorfand: Fr. Weinläder, Nürnberg.

Adressenänderungen.

- B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer. U. A. = Unterstützungszahler. Essen. B.: F. Biende, Essen-W., Corneliusstraße 39 III. K. und U. A.: Fritz Brod, Grobenstraße 67 (Buchbinderei der Arbeiter-Zeitung). Mannheim-Ludwigshafen. B.: M. Scheuring, Mannheim, T. 6. 15 III. K.: O. Stöckel, Mannheim, Schweherstr. 128, Seitenbau V. Sebnitz. B.: J. Schüle, Heberstr. 26 II. K.: A. Leuner, Sebnitz, Oberrosenberg 348b. Stettin. B.: R. Würzberger, Stettin, Kronprinzestr. 36 III. K.: R. Zander, Barnimstr. 72, r. Seitenflg. part. Wiesdorf. B.: H. Wittcho, Bergelnisstr. 6. K.: W. Hillringhaus, Robert-Bunjen-Str. 1.

Zentral-Kranken- und Begräbnisstelle

Frauen und Mädchen Deutschlands. (Zusatzklasse) Stg Offenbach a. M., gegr. 1884. Frauen und Mädchen aller Stände können sich gegen Krankheit und Sterbefall versichern. Die Aufnahme kann ohne ärztliche Untersuchung erfolgen. Das Eintrittsgeld beträgt im Alter von 14-16 Jahren 1,50 RM., von 16-45 Jahren 2,50 RM. Wöchentliche Beitrag 0,50, 0,70, 1,- und 1,20 RM. Wöchentliches Krankengeld 9,60, 13,20, 18,60, 24,- RM. Der Beitritt ist allen Arbeiterinnen und Hausfrauen aufs wärmste zu empfehlen. Alles weitere durch den Zentralvorstand in Offenbach a. M., Herrnsstraße 16, III. S. A.: Ludwig Donges.

Buchbinderkleister, Kaltleim, Pflanzenleim, Knochen- und Lederleim liefern preiswert Mechler & Co. G. m. b. H. Mannheim Industriehafen.

Anlegerin am Tiegel verlangt Fahron Berlin, Mauerstraße 60 (Buchhändlerhof).

Lehrling ver- lang Fahron Hand- und Preßergoßbeanstalt Berlin, Mauerstraße 60 (Buchhändlerhof).

Grüne u. Blau Buchbinder- schürzen liefert i. erstklassiger Qualität und Farbe zu Vorzugspreisen an jeder d. Stg. für Männer, Gr. 80/100, mit Band oberer Seite Mt. 4,- das Stück. Wechselnummer 371. 180.-

A. C. Volz Berufsdruckenabteilung Stuttgart, Waitestr. 77, Tel. 2355. Verlangen Sie Musterbeleg. Einzelerwerb geg. Nachnahme. Auf der Jahrsversammlung beim Bundeskongress in Weimar wurde die Qualität meiner Fabrikate als vorzüglich anerkannt.

Welcher Kollege kann mir den letzten Wachenhalt d. Kollegen Wilhelm Löwe, geb. am 15. Oktober 1898 zu Osterried, angeben. Porto wird vergütet. G. Hellmann, Osterried a. Harz, Neulirchensstraße 26.

Kunzer, fleißiger Kartonnagen- zuschneider, geübt auf Zigarettenstiften, wird von badischer Kartonnagenfabrik gesucht. Angebote unter „B. B. 47“ an die Exped. dieser Zeitung.

Buchbinder- werkstatt mit Stundlohn (Laden mit Stube u. Küche) Charlottenburg, Guerickestr. 31, zu verkaufen. Näheres bei C. Matthal, Berlin S. 14, Seebastianstr. 84. Amt Wortplatz 13357.

Gelucht per sofort tüchtige Fertigmacher u.

Deckenmacher auf Akkord, sowie einen tüchtig.

Buchbinder für besseres Sortiment, welcher in Goldschmitten u. Warmingören durchaus bewandert ist. Mohr & Meder Frankfurt a. M. Hanauerlandstraße 149.

Jüngerer strebsamer Dresser für Hand- und Schneepresse bauend verlangt. Offerten unter „Berlin B. 102“ an die Expedition dieser Zeitung.

Etuisfischer auf Bestellungen gegen hohen Lohn gesucht. F. WAGNER & Co., Bremen, Gr. Annenstr. 14/15.